



Pressemitteilung in deutscher Übersetzung von Goliathwatch



Montag, 15. Oktober 2018, 13 Uhr

Enthüllung: Wie die EU mit transnationalen Unternehmen im Punkt Menschenrechte bei den Vereinten Nationen zusammenarbeitet

Mehr als 100 internationale Organisationen und soziale Bewegungen treffen sich heute in Genf, um für einen UN-Vertrag zu kämpfen, der transnationale Unternehmen für ihre Menschenrechtsverletzungen verantwortlich machen soll. Die Recherche von Amis de la Terre/Friends of the Earth France, CETIM, Observatoire des multinationales und des Transnational Institute (TNI) zeigt, dass die EU diesen Prozess behindert. In der Studie wird gezeigt, dass die Europäische Union die gleichen Argumente wie die Unternehmenslobbys anwendet und hartnäckig freiwillige und ineffektive Leitlinien verteidigt. Der Bericht enthält auch eine Sammlung von Fallstudien, welche mit konkreten Fakten den Diskursen widerspricht, dass die europäischen Unternehmen "grün" und "verantwortlich" darstellen.

Die Fallstudien zeigen, dass es dringend notwendig ist, einen international verbindlichen Vertrag zu verhandeln, um die Lücken in der nationalen und internationalen Gesetzgebung zu schließen. Man muss eine Antwort auf die komplexen Rechtsstrukturen transnationaler Konzerne finden, um Mutter- und Outsourcing-Unternehmen für ihre Aktivitäten auf der ganzen Welt verantwortlich zu machen.

In dieser Woche findet die vierte Sitzung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen statt, die mit der Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrags über transnationale Unternehmen und Menschenrechte beauftragt ist. Die Staaten werden auf der Grundlage eines "Grundlagenentwurfes (engl. draft zero)" verhandeln, der in diesem Sommer veröffentlicht wurde.

In den letzten vier Jahren hat die EU den Prozess in Richtung Vertrag behindert. Die EU hat u.a. die Beteiligung von Unternehmen an den Verhandlungen gefordert. Sie setzt damit eine Entwicklung in Brüssel und bei den Vereinten Nationen fort, die Beteiligung des Privatsektors zu legitimieren und Unternehmen aufzufordern, die für sie geltenden Vorschriften "mitzuschreiben".

Juliette Renaud von Amis de la Terre/Friends of the Earth France aus Frankreich: "Die EU parodiert in dieser UN-Arbeitsgruppe lediglich internationale Unternehmenslobbygruppen wie die Internationale Handelskammer (International Chamber of Commerce) oder die Internationale Arbeitgeberorganisation (International Organisation of Employers), indem sie die gleichen Argumenten und manchmal genau die gleichen Worte benutzt. Die jüngste Verabschiedung des französischen Gesetzes über Sorgfaltspflichten, das durch den heftigen Widerstand des privaten Sektors verzögert und geschwächt wurde, beweist, dass die Unternehmenslobbys alles tun werden, um die Ambitionen des künftigen Vertrags zu schwächen und die Verhandlungen scheitern zu lassen. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den UN-Prozess vor schädlichen Einflüssen der Unternehmen zu schützen".

Raffaele Morgantini vom CETIM aus der Schweiz weist darauf hin, dass "die Lobbyarbeit der Privatwirtschaft immer eine zentrale Rolle gespielt hat, Verhandlungsversuche zu verbindlichen Rechtsnormen für transnationale Unternehmen (TNCs) zu verhindern, da diese als Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen und Profitmaximierung angesehen werden. Sie sind heute ein integraler Bestandteil des Systems der Vereinten Nationen. Die Strategie der TNCs und ihrer Interessengruppen lässt sich in zwei Hauptelemente unterteilen: die Delegitimierung des

Vertragsprozesses und die Ausübung von Druck, Erpressung und/oder von Drohungen gegen Staaten. Wir müssen uns dieser destruktiven Dynamik widersetzen und die Kontrolle über das System der Vereinten Nationen zurückgewinnen: Die Zukunft der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit steht auf dem Spiel."

Mónica Vargas vom europäischen Transnational Institut (TNI) kommentierte: "Ein robuster, verbindlicher Vertrag über TNCs in Bezug auf die Menschenrechte wird ein entscheidender Schritt auf dem Gebiet der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung sein. Die Verhandlungen über den Vertragstext, die diese Woche in Genf beginnen, werden einen unvergleichbaren Fahrplan eröffnen, der das Ende der freiwilligen und ineffektiven Selbstregulierung der Unternehmen und das Ende der Gefangennahme des Staates (corporate capture) durch Unternehmen markiert. Die Fallstudien über europäischen TNCs in diesem Bericht zeigen, wie sich die Straffreiheit der Unternehmen derzeit durchsetzt und dazu führt, dass den betroffenen Gesellschaftsgruppen, Gerechtigkeit verweigert wird. Es ist nun die Zeit gekommen, entschlossen zu handeln, um die unternehmerische Gefangennahme des Staates zu beenden. Das ist unser Aufruf an die EU-Mitgliedstaaten und alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen."

Dies Studie ist der erste große Bericht, der vom neu gegründeten Netzwerk ENCO (European Network of Corporate Observatories/Europäisches Netzwerk für Konzernbeobachtung) initiiert wurde. "Diese Veröffentlichung wäre ohne die Recherche und die Beiträge vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medien aus Europa und dem globalen Süden nicht möglich gewesen", sagt Olivier Petitjean vom Observatoire des multinationales aus Paris. "Diese Art der Zusammenarbeit ist entscheidend, um die Schönfärberei der Unternehmen aufzudecken und die Perspektiven der betroffenen Gemeinschaften, Arbeiter und europäischen Bürger in die Debatte einzubringen, was die offiziellen Vertreter der EU offensichtlich nicht tun."

Ergänzung für die deutsche Übersetzung:

Goliathwatch hat die beiden Fälle, Kik und VW, recherchiert und ist Teil von ENCO. Goliathwatch ist eine neue Hamburger Nichtregierungsorganisation, welche die Macht von Konzernen kritisiert und eine Wirtschaft für Mensch und Natur fordert. Vgl. www.goliathwatch.de

Pressekontakte:

- Dr. Thomas Dürmeier, Goliathwatch (Hamburg), +49 177 4 28 29 25 – duermeier@goliathwatch.de (Deutsch, English)

Hinweis:

(1) Der Bericht " *The EU and the corporate impunity nexus - Building the UN binding treaty on transnational corporations and human rights* " ist hier verfügbar: https://multinationales.org/IMG/pdf/eu_corporate_impunity_nexus.pdf

Dieser Bericht basiert auf Beiträgen einer Vielzahl von Organisationen und Experten aus ganz Europa und dem Süden der Welt und wurde vom ENCO-Netzwerk (European Network of Corporate Observatories) unterstützt, einer neu gegründeten Zusammenarbeit europäischer Medien- und Zivilgesellschaftsorganisationen zur Untersuchung der Konzernmacht.

English Version:

Revealed: How the EU sides with transnational corporations over human rights at the UN

Under embargo until Monday October 15th 2018 – 0:01 am – More than 100 international organisations and social movements are coming together in Geneva today to campaign for a UN

treaty to hold transnational corporations accountable for their human rights violations. New research by Amis de la Terre/Friends of the Earth France, CETIM, Observatoire des multinationales and the Transnational Institute (TNI) reveals EU obstruction to the process. It shows how the European Union uses the same arguments as corporate lobbies, stubbornly defending ineffective voluntary guidelines. The report also includes a collection of case studies that contradict through concrete facts the discourses describing European companies as “green” and “responsible”.

These case studies show there is an urgent need for a binding international treaty to address the gaps in national and international legislation and confront the complex legal structures of transnational corporations in order to make parent and outsourcing companies accountable for their operations around the globe.

This week the fourth session of the intergovernmental working group mandated to elaborate a binding treaty on transnational corporations and human rights is taking place. States will negotiate on the basis of a “Zero draft” text that was released this summer.

For the past four years, the EU has been obstructing the process towards the treaty. Among other things, the EU has demanded that businesses participate in the negotiations, following a trend at the UN and in Brussels to legitimise participation of the private sector and invite corporations to “co-write” regulations that would apply to them.

According to **Juliette Renaud, from Amis de la Terre/Friends of the Earth France**, *“The EU is merely parroting international corporate lobby groups such as the International Chamber of Commerce or the International Organisation of Employers, in this UN working group - with the same arguments and sometimes the very same words. The recent adoption of the French law on duty of vigilance, which was delayed and weakened by fierce opposition from the private sector, proves that business lobbies will do anything to weaken the ambition of the future treaty and derail the negotiations. Measures should be taken to protect the UN process from harmful corporate influence!”*.

Raffaele Morgantini, from CETIM, points out that *“the lobbying of the private sector has always played a central role against the attempts to develop binding legal standards on transnational corporations (TNCs), which is seen as a threat to their commercial interests and to profit maximisation. Thus, this phenomenon is now an integral part of the United Nations system. The strategy employed by TNCs and their lobbies can be divided into two main components: the delegitimization of the process for the treaty and the use of pressure, blackmail and/or threats against States. We must oppose this destructive trend and take back control of the United Nations system: the future of democracy and social justice is at stake.”*

Mónica Vargas, from the Transnational Institute (TNI), commented that *“A robust Binding Treaty on TNCs with respect to Human Rights will be a game-changer in the arena of International human rights law. The negotiations on the Treaty text beginning this week in Geneva will open a ground breaking roadmap – marking an end to ineffective voluntary corporate self-regulation and corporate capture of government policy space. The case studies of European TNCs in this report show how corporate impunity currently prevails and results in denial of justice to affected communities. The time has come to act decisively to end corporate capture and this is our Call to EU member states and all member states of the UN”*.

This report is the first major one to be initiated by the newly established ENCO (European Network of Corporate Observatories) network. *“This publication would not have been possible without the research and contributions from many civil society and media organisations from Europe and the global South”*, says **Olivier Petitjean, from Observatoire des multinationales**. *“This type of collaboration is critical to debunk corporate whitewashing and bring the perspectives of affected communities, workers and European citizens to the debate, which EU official representatives glaringly fail to do.”*